

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich in der Sonntagsausgabe monatlich 2 RM. In der Sonntagsausgabe monatlich 2 RM. In der Sonntagsausgabe monatlich 2 RM.



Anzeigenpreise laut offener Verzeichnisse Nr. 8. — Anzeigen-Annahme bis zum 10. Uhr. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 44 — 98. Jahrgang

Bekanntmachungen des Landrates zu Meissen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Warum?

Tausende von Flugzeugen für die amerikanische Landesverteidigung, Milliarden für die englische Riesenaufrüstung, Durchführung von neuen Generalstabsbesprechungen zwischen England und Frankreich, und als Beigabe Fremdenausbrüche der Presse der Demokratien über solche Anstrengungen, der Pazifismus der sogenannten Demokratien feiert Orgien.

Warum? Warum will durchaus Chamberlain seinen in Ehren gehaltenen Regenschirm mit dem Holandschwert veranlassen? Warum will Roosevelt durchaus noch einmal den Weg von 1914 bis 1917 beschreiten, wenn es in Europa doch einmal zum Kriege kommen sollte? Warum führt Frankreich seine klare Politik in der Spanierfrage und warum führt es die ungeheuren Truppenvermehrungen in Tunis und Tschibuti durch? Warum? — so fragt sich der „Mann auf der Straße“ in den Demokratien, und er fühlt sich am stärksten dadurch beunruhigt, daß er dieser unheilvollen Entwicklung offenbar machtlos zusehen muß.

Ist die englische Rüstungspolitik in diesem Umfange notwendig? England ist eine Insel und damit eine Seemacht. Es ist von dem europäischen Festland nicht bedroht. Trotzdem gibt England im Haushaltsjahr 1939/40 fast 7 Milliarden für die Landesverteidigung aus, während Englands Gesamtumfang für Wehrzwecke 1934/35 noch die „bedeutsame“ Summe von 1,5 Milliarden Reichsmark ausmachte. Warum? so fragt sich der Brit, wird die Seemacht für Rüstungszwecke immer schärfer angezogen? Die neue Erhöhung des englischen Wehrhaushalts um das Doppelte wird neue Steuererhöhungen bringen. Aber die englischen Rüstungen werden durchgeführt. Weniger, weil es unbedingt nötig wäre, sondern mehr aus politischen Erwägungen. England will einen wachsenden Druck ausüben. England denkt vielleicht, die Rüstungskraft anderer Völker mit Geld überbieten und so seinen Anspruch auf Vorherrschaft aufrechterhalten zu können. Man streift natürlich in London ab, daß dies nachher Militarismus ist. Man läßt verlaufen, daß es die anderen Länder seien, die England zu diesem Rufen anregen. Die englische Regierung rechnet dabei mit der Vergeltung der Menschen. Denn nach dem Weltkrieg war es England, das sich die in Versailles durch Diktat geschaffene Rüstungsgleichheit in vernünftiger Weise zu bestreiten weigerte. Nachdem die wehrlos gemachten Völker sich eine Verteidigungswaffe geschaffen haben, machen die Demokratien jetzt den Versuch zur Aufrechterhaltung des Versailles Zustandes. Die Demokratien belassen damit einseitig den Frieden. Diese Tatsache kann durch keine noch so unerbittliche Agitation aus der Welt geschafft werden. Und Frankreich legt im Schlepptau von London und setzt seine Sicherheit auf die britische Schwärze. Das ist eine Politik, die von nationaler Selbständigkeit weit entfernt ist.

Endlich USA! Der Bau von Tausenden von Flugzeugen in den Vereinigten Staaten kann niemals für eigene Verteidigungszwecke erforderlich sein, da die USA nach weniger als England auf Grund ihrer wehrgeographischen Lage von irgendeiner Seite als militärisch bedroht angesehen werden können. Roosevelt und seine lieblichen Anreder können also nur den Hintergedanken haben, daß Amerika Frankreich und England im Konfliktfalle und auch schon vorher mit Flugzeugen zu Hilfe kommen müsse. Der Amerikaner fragt sich, ob das noch neutral ist. Der Präsident der Vereinigten Staaten verkauft gegen den Protest der verantwortlichen Generale und Admirale die als modernsten Kriegsluftschiffe an Frankreich. Es ist Sache des amerikanischen Volkes, wie es sich damit ansehe, wenn der Präsident des Landes Militärgeheimnisse einem fremden Lande preisgibt. Jedoch ist es keine inneramerikanische Angelegenheit mehr, wenn Roosevelt Frankreich zur Fliegerkavallerie der amerikanischen Demokratie zu machen den Anstoß gibt. Uebergeben wir dabei, daß Roosevelt seine reichlich gewohnten Operationen auf sehr trüben Wegen durchführt. Bobin seine Absicht nicht, das Verfall ausgerechnet von solchen Bombenmaschinen, die nach amerikanischer Ansicht den deutschen Flugzeugen im Luftkampf gewachsen sein könnten.

Aber sie irren sich in London, in Paris und in Washington. Die von den Demokratien bedrohten Staaten lassen sich nicht täuschen und wissen das Rüstungsfieber der Demokratien zu den Friedenssprachen derselben Demokratien in das richtige Verhältnis zu bringen. In London, Paris und Washington hat man es schon längst außer dem Verstande, daß Ideen und Berechtigung stärker sind als Personen und Milliarden. Man hat vor kurzem feststellen können, wie fessam geistig verwardt ein Roosevelt und ein Stalin sind. Es ist nun bezeichnend, daß man vor wenigen Tagen in ausländischen Zeitungen lesen konnte, daß die Sowjetrussen eine Kommission nach Amerika schicken wollen, um dort Kriegsschiffe zu kaufen. Man muß sich klar darüber sein, daß ein Diktum wie Sowjetrußland, auch wenn es sehr geschwächt erscheint, stets eine Bedrohung des westlichen Lebens darstellt. Sowjetrußland ist der Staat, in dem immer wieder mit aller Schärfe ein Angriffskrieg auf die Völker der Welt propagiert wird. Gegen diesen Angriffskrieg die Vorkerkungen zu treffen, ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Eine der notwendigsten ist, daß die Völker der Welt, die den Frieden wollen, endlich die klare Scheidung von diesem Experiment der Un-

Roosevelt, der Katastrophopolitiker

Er stürzt erneut die Welt in Unruhe

Der Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, kann es sich nicht verneinen, weiter in Katastrophopolitik zu machen. Die gesamte amerikanische Presse sieht erneut im Zeichen geheimnisvoller Andeutungen, die Roosevelt gemacht hat und mit denen er der amerikanischen Bevölkerung das Gespenst kriegerischer Verwicklungen vor Augen zu führen sucht. Es ist allerdings anzunehmen, daß es auch diesmal Roosevelt nicht gelingen wird, dem amerikanischen Volk, in dessen Kreisen der Widerstand gegen die Roosevelt'sche Wahnsinnspolitik immer größer wird, das Gespenst beizubringen. Immerhin hat es in allen Hauptstädten Europas sehr überrascht, daß Roosevelt die beunruhigende Erklärung abgegeben hat, sehr ernste Nachrichten aus der Alten Welt, die er erhalten habe, könnten ihn zum Abbruch seiner Teilnahme an den Verhandlungen der USA-Flotte bringen.

Die amerikanischen Nachrichtenbüros haben Nachforschungen in den Hauptstädten Europas angestellt und keine Anzeichen für eine neue europäische Krise entdecken können. Infolgedessen hat Roosevelt wohl wieder einmal sich auf das falsche Pferd gesetzt, und die Opposition in USA, wendet sich aufs schärfste gegen ihren Präsidenten, den sie als einen politischen Geschäftsmacher mit verantwortungslosstem Kriegesgeschrei entlarvt.

Die Kopfschmerzen des Herrn Roosevelt

Bereits bevor Präsident Roosevelt südlich von Florida an Bord des Kreuzers „Houston“ ging, hat er Pressevertretern reichlich dunkle und beunruhigende Andeutungen gemacht, daß er durch bedrohliche Nachrichten aus dem Ausland möglicherweise zu einer vorzeitigen Rückkehr nach Washington gezwungen werden könnte. Die Opposition hat den Präsidenten sofort wegen seiner „Schwarzmalerei“ angegriffen. Anfragen bei der Regierung in Washington ergaben, daß die zuständigen Regierungsstellen überhaupt nichts wußten. Nur von Seiten des Stabes Roosevelts wurde erklärt, daß die Berichte über die Verschärfung der europäischen Lage vertraulich seien und Roosevelt direkt zugegangen seien, der er auf die Fahrt zu den Flottenmanövern mitgenommen habe. Man könne soviel sagen, daß die Berichte dem Präsidenten beträchtliche „Kopfschmerzen“ verursachen. Dabei wurden Andeutungen von möglichen Angriffsabsichten Deutschlands und Italiens gemacht. Auch Japan wurde erwähnt.

Mitglieder des Präsidentenstabes erklärten nämlich, man erwarte mit Interesse persönliche Berichte Roosevelts, ob Roosevelts Flaggboot während der Flottenmanöver japanische Fischerboote sah, da man erfahren habe, daß die Japaner in diesem Jahr zum erstenmal im Karibischen Meer sifchen wollen.

Eine lächerlichere Erklärung konnte wohl kaum abgegeben werden, und man muß sich fragen, ob das amerikanische Volk es sich auf die Dauer gefallen läßt, durch solche unzulässigen Erklärungen in einen Zustand dauernder Beunruhigung gesetzt zu werden.

USA-Opposition über ihren Präsidenten entsetzt

Die Opposition in USA, die über die neuen „Vorsprünge“ ihres Präsidenten entsetzt ist, glaubt für das Verhalten Roosevelts folgende drei Gründe gefunden zu haben:

1. Roosevelt habe die Absicht, die außerordentlich peinliche und ihn belastende Flugzeug-Affäre, die enge Kontakte zwischen der Bundesregierung auf der einen Seite und hohen Militärs und Angehörigen des Kongresses auf der anderen Seite hervorgerufen hat, zu vertuschen und in den Hintergrund zu drängen.
2. Die amerikanische Öffentlichkeit solle von den ungelösten Problemen im Innern des Landes abgelenkt werden.
3. Es liege die Absicht vor, eine vorzeitige Rückkehr, die durch irgendwelche Vorfälle im Bundeskongreß erzwungen werden könnte, auf alle Fälle mit außenpolitischen Gründen zu erklären.

Das gut unterrichtete USA-Blatt „Monitor“ nennt in diesem Zusammenhang Roosevelts Konflikt mit den Militärs eine „schwarze Malerei“. Der Kongreß hat Roosevelt Spiel durchschaut haben, erklärte der Senator Borah zu den geheimnisvollen Prophezeiungen Roosevelts: „Was hat denn das alles mit uns zu tun? Ich erkläre rund heraus, daß die totalitären Staaten feinerlei gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Drohungen im

Sicherheits und der Bedrohung vornehmen. Das bedeutet auch eine Ausschaltung des Komintern-Einflusses in Paris, London und Washington. Solange aber die Demokratien rüsten und sich als Trabanten Moskows aufspielen, so lange kann man es den von den Demokratien und dem Volkswissen bedrohten Ordnungsstaaten nicht verdenken, wenn sie sich so stark machen, daß sie einen Granitblock der Abwehr bilden, an dem alle Angriffe gegen den Weltfrieden zerschellen müssen.

Auge haben und auch nichts tun werden, was die Verfürgung der Flotte Roosevelts auch nur um eine einzige Stunde notwendig machen würde. Wenn Jehniet aller dieser angeblichen Drohungen erweisen sich immer wieder als nichts. Die Völker Europas wollen immer fester den Frieden.“

Roosevelts Wichtigtuerei

Das Staatsdepartement weiß nichts von „beunruhigenden Berichten aus Europa“

Roosevelts Aeußerung, er habe „beunruhigende Berichte aus Europa“ erhalten, die ihn eventuell zur Abföhrung seiner Teilnahme an den amerikanischen Flottenmanövern zwingen könnten, hat in Washington allgemein großes Kopfschütteln ausgelöst. Fast durchweg werden die Washingtoner Zeitungen diese Bemerkung Roosevelts als wichtigsteres Ereignis betrachtet. Sogar im Staatsdepartement zeigt man sich nicht geneigt, Roosevelts Behauptung vom Eintreffen „beunruhigender Berichte aus Europa“ zu lähen. Man erklärte vielmehr im Staatsdepartement, keine Berichte zu haben, die die Lage in Europa als sehr ernst besonders geeignet meldehen. Der stellvertretende Außenminister Welles antwortete in der Pressekonferenz auf Anfragen von Journalisten, sie möchten sich schon aus Welche Haus wenden. Das Staatsdepartement bemühe sich, über die Weltlage informiert zu bleiben; es müde aber nicht irgendeinen Bericht als alarmierend oder sonstwie kennzeichnen.

Neue Brandrede in Washington

Vizepräsident Johnson, einer der intimsten Berater Roosevelts, treibt Schwarzmalerei zur Begründung der Rüstungszugung

Einer der intimsten Berater Roosevelts, der Chef des Rüstungsbeschaffungsamtes im Kriegsministerium, Vizepräsident Johnson, hielt vor der Luftfahrtgesellschaft eine neue Brandrede über einen angeblich drohenden Angriff auf die USA, für den man sich durch Einstellung auf Massenherzeugung von Kriegsluftzeugen sofort rüsten müsse. Johnson sprach die Hoffnung aus, daß der Bundes Senat recht bald der vom Repräsentantenhaus bereits bewilligten Vermehrung der amerikanischen Heeresluftwaffe auf 6000 Flugzeuge zustimmen möge. Da der Senat, dessen Heeresausstich bekanntlich die geheimnisvollen Verhandlungen Roosevelts mit Frankreich über die Verleierung mit Flugzeugen des neuesten Geheimtypus schon öffentlich angebrannt hat, bei der Beratung der Vorlage eine Aussprache über die Außenpolitik bequemen dürfte und dabei Roosevelts Alarmrufe über „Angriffspläne der totalitären Staaten“ sehr stark kritisiert werden sollen, bemühte sich Johnson, ein schwarzes, für einen hohen Regierungsbeamten unverantwortliches Bild zu malen, das er durch Rundfunk im ganzen Land verbreiten ließ.

Die Schwarzmalerei hatte lediglich den Zweck, das riesige Aufrüstungsprogramm erneut der amerikanischen Öffentlichkeit mündgerecht zu machen. Die USA brauchen, so sagte Johnson, eilends eine große Luftflotte, zweitens einen großen Reservepark von Flugzeugen und drittens vorbereitende Maßnahmen für eine Massenproduktion, um Flugzeugverluste zu ersetzen. Die Flugzeugindustrie müde in der Lage sein, ihre Erzeugung verdreifachen zu können. Johnson betonte sich dann aus durchsichtigen Gründen zu verheeren, daß das gegenwärtige Bauprogramm von 3300 Flugzeugen durch ausländische Aufträge nicht behindert werde, im Gegenteil, so meint der verantwortliche Beamte, wären diese Bestellungen der Industrie sehr erwünscht, da sie Gelegenheit gäben, sich auf die Massenproduktion einzustellen.

Regierungsdarft nicht auftreten

Ausgerechnet in Roosevelts Hauptstadt

Den Unterschied in der Rassenfrage in Theorie und Praxis beleuchtet groß die Weigerung der Washingtoner Schulbehörde, der in ganz Amerika bekannten Regierungsdarft Marion Anderson zu einem Konzert den Festsaal der Schule zur Verfügung zu stellen, nachdem schon die Constitution Hall die Ueberlassung eines Saales abgelehnt hatte. Damit ist das Auftreten der Regierungsdarft in Washington unmöglich geworden. — Und das in Roosevelts Hauptstadt.

Hearst gegen Roosevelt

Amerikanisches Volk lehnt selbstsüchtige Einmischung ab

Randolph Hearst, der bekannte amerikanische Zeitungsbereiter, beschäftigte sich in einer Rundfunkansprache, die über das ganze Land verbreitet wurde, mit der derzeitigen Außenpolitik der Vereinigten Staaten. In schärfster Form kritisierte er die Politik des Präsidenten Roosevelts.

Hearst griff vor allem die kürzlich getane Aeußerung Roosevelts an, daß es Aufgabe Amerikas sei, Begriffe wie Religion, Demokratie oder Vertragstreue in aller Welt zu verteidigen. Hearst richtete daher an Roosevelt die Frage, ob er etwa Sowjetrußland oder Sowjetpanien zu einer neuen religiösen Bekehrung befehlen wolle. Weiter fragte er, ob der Präsident die Vertragsbrüche Frankreichs gegenüber Italien bei Ende des Weltkrieges billige und schließlich, ob er es Vertragstreue nennen wolle, wenn die sogenannten Siegerstaaten von Versailles ihre Kriegsschulden nicht bezahlten und trotz der völlig durchgeführten Abklärung Deutschlands ihr eigenes Abstützungsverprechen nicht einhielten.